Axel Röttschke · Lohengrinstr. 20 · 91126 Schwabach

Stadt Schwabach
Oberbürgermeister Peter Reiß
Königsplatz 1
91126 Schwabach

Antrag: Kinderarmut – Chancen für alle Kinder

Schwabach, 30.09.20
Zeichen:

FDP-Stadtratsgruppe

Axel Röttschke
Vorsitzender

axel.roetschke@fdp-
schwabach.de
www.fdp-schwabach.de

Lohengrinstraße 20
91126 Schwabach

M: 0176 32854788
T: 09122 8897755

Tobias Ritzer
Stellvertreter

tobias.ritzer@fdp-
schwabach.de

Lindenbachstraße 29
91126 Schwabach

M: 0171 5347199
T: 09122 8790400

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die FDP-Stadtratsgruppe stellt folgenden Antrag. Der Stadtrat der Stadt Schwabach möge beschließen:

1. Die Stadt Schwabach sieht es als ausdrückliche Aufgabe der Jugendhilfe an, die Beeinträchtigungen, Nachteile, Auswirkungen und Folgen von Kinderarmut für betroffene Kinder und Jugendliche in Schwabach abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen oder eine Verschlimmerung zu verhüten.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über das Jugendamt Prozesse und Strukturen zu schaffen, die sicherstellen, dass das o.g. Ziel nachhaltig erreicht wird, indem betroffenen Familien regelmäßig Hilfen zur Förderung ihrer Kinder angeboten werden. Dabei sind folgende Punkte zentral zu berücksichtigen:

2.1 In einem systematischen Analyse- und Kommunikationsprozess muss sichergestellt werden, dass Familien mit besonderen Belastungen durch Armut identifiziert und angesprochen werden. Dabei muss ohne Stigmatisierung und Vorwürfe auf die Familien zugegangen werden, um den Sorgeberechtigten die Bedeutung der Förderung ihrer Kinder durch Teilhabe und/oder gezielte pädagogische Hilfen zu vermitteln, damit sie deren Notwendigkeit erkennen und, falls notwendig, entsprechende Anträge beim Jugendamt stellen können. Die Fachkräfte des Jugendamts dürfen sich dabei nicht als Kontrolleur oder Vertreter staatlicher Eingriffe präsentieren, sondern müssen signalisieren, Partner der Familien sein zu wollen.

2.2 Um für Kinder und Jugendliche bessere Teilhabe, umfassende Bildung und gezielte Förderung zu leisten, muss absolut vorrangig dafür gesorgt werden, dass sie sich in bestehende Teilhabe-Strukturen integrieren. Das ist finanziell von Vorteil und fördert Alltagsnormalität. Kindern und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen müssen, sollen ebenso wie ihre Altersgenossen ein Musikinstrument erlernen, Sport in einem Verein treiben und Angebote der verbandlichen oder öffentlichen Jugendarbeit wahrnehmen können. Dazu gehört auch der Besuch einer Kindertagesstätte. Um das zu gewährleisten, sind persönliche und finanzielle Hilfen durch die Verwaltung des Jugendamts insbesondere das sozialpädagogische Fachpersonal zu leisten.

2.3 Bei Kindern und Jugendlichen mit einem besonderen oder außergewöhnlichen Teilhabe-Förderbedarf sind besondere pädagogische Hilfen zu leisten, die die soziale, kognitive und körperliche Entwicklung mit Blick auf eine individuell gelingende gesellschaftliche Integration nachhaltig fördern und damit armutsindizierte Nachteile ausgleichen. Hilfen, wie sie das SGB VIII aufzählt. In besonderer Weise sind dabei

mobile aufsuchende und teilstationäre Hilfen anzubieten wie sie in den §§ 27, 29 und 32 des SGB VIII beschrieben werden.

2.4 Darüber hinaus sollen auf der Basis der im SGB VIII beschriebenen Strukturen vom Jugendamt eigene individuelle und niedrigschwellige Hilfen entwickelt werden, die Kindern und Jugendlichen helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen, indem sie mittels Nachteilsausgleich so fit gemacht werden, dass schulische, soziale und berufliche Integration nachhaltig gelingen. Insbesondere muss die Soziale Gruppenarbeit ausgeweitet werden. Dazu muss sie an bestehende Einrichtungen angebunden und pauschal finanziert werden. Ferner müssen mobile Hilfen über zwei Jahre hinaus bis zu drei Jahre gewährt werden, sofern der Bedarf dafür gegeben ist.

3. Über die von der Verwaltung des Jugendamts infolge dieses Antrags entwickelten Strukturen, Prozesse und Hilfen ist dem Jugendhilfeausschuss sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten. Ferner ist danach einmal jährlich über Umfang, Inanspruchnahme und Wirkungen dieser Projekte zu berichten.

4. Die Verwaltung des Jugendamts berichtet in der nächsten Ausschusssitzung über Arbeit und Belegung der Heilpädagogischen Tagesstätte in Schwabach und schildert dabei insbesondere, ob deren acht Plätze dem Bedarf in der Stadt gerecht werden. Ferner soll dargestellt werden, für welchen Kreis von Kindern die HPT geeignet ist, wie das Antrags- und Aufnahmeverfahren gestaltet ist und wie Kinder mit HPT-Bedarf identifiziert werden.

Begründung:

In Deutschland müssen laut offizieller Zahlen 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut groß werden. In Schwabach sind es nach offizieller Auskunft des Rechts- und Sozialreferats 656 Minderjährige, deren Entwicklung durch Armut beeinträchtigt ist. Kinderarmut schafft nach übereinstimmender Meinung vieler Experten für Kinder und Jugendliche in Deutschland äußerst belastende Lebensbedingungen, die ihre Lebenschancen nachhaltig beeinträchtigen. Weiter vertreten Experten auch folgende Auffassung: Ein an den Lebenslagen und Sozialräumen ausgerichteter strategischer Ansatz zur Armutsprävention ist ausschließlich auf kommunaler Ebene umsetzbar. Deshalb muss die Stadt Schwabach handeln, um Chancengerechtigkeit zu schaffen. Der Wechsel an der Stadtspitze bietet hier politische eine neue Chance.

Dabei kann es zunächst nicht um zusätzliche Transferleistungen gehen, denn dafür fehlen die gesetzlichen Kompetenzen. Vielmehr muss die Stadt Schwabach Kinder und Jugendliche in Armut als Träger der Jugendhilfe durch konkrete und handfeste Hilfen zur Entwicklung fördern und unterstützen. Denn Kindern und Jugendlichen in Armut mangelt es meist an Möglichkeiten der Teilhabe, die eine gute kognitive Entwicklung fördern. Gewiss mit ein Grund dafür, dass sich Armut häufig vererbt. Die Antragsteller sind überzeugt: Dieser Mangel kann durch Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII teilweise oder völlig ausgeglichen werden. Sie muss das Jugendamt leisten und dafür geeignete Prozesse und Strukturen schaffen, damit Familien davon auch erreicht werden.

Damit würde auch ein Schritt getan hin zu einem Umbau des Jugendamts zur Dienstleistungsstelle für Eltern und andere Sorgeberechtigte. Denn dieser Umbau weg von der Eingriffsbehörde war schon mit Inkrafttreten des SGB VIII am 1. Januar 1991 in der Gesetzesbegründung des Bundestags gefordert worden. Wie eine Anfrage der beiden Antragsteller an das Rechts- und Sozialreferat ergeben hat, scheint die Stadt Schwabach diese Veränderung bis heute nicht ernsthaft vorgenommen zu haben. Wer Kinderarmut über Jugendamtshandeln bekämpfen will, der muss ein Jugendamt schaffen, das Vertrauen ausstrahlt, sich als Partner der Familien versteht und Sorgeberechtigte ermutigt, sich dort per Antrag Hilfe zu holen.

Laut Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz ist die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden. Daraus ergeben sich für eine Behörde wie die Stadt Schwabach zwei Grundsätze: Kein Handeln ohne Gesetz. Kein Handeln gegen ein Gesetz. Die gesetzliche Grundlage für das Handeln des Jugendamts bietet das SGB VIII. Wer das SGB VIII liest, erkennt, dass ein wesentlicher Teil der Arbeit des Jugendamts in der Leistung von Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII) liegt. Antragsberechtigt sind die Sorgeberechtigten. Die Hilfen werden je nach individuellem Bedarf in Richtung der Kinder und Jugendlichen erbracht. Nach Auffassung der beiden Antragsteller umfasst der Begriff „Hilfen zur Erziehung“ auch Hilfen, welche die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder fördern und unterstützen. Denn es gibt keine kognitive Entwicklung ohne Erziehung und keine Entwicklung kann gelingen ohne gute Lebensbedingungen. Erziehung soll kulturelles Wissen wie Sprache, Denken, Problemlösestrategien usw. rekonstruieren und transformieren.

Nach dem SGB VIII hat „ein jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Abs. 1 SGB VIII). Dazu gehört nach Überzeugung der beiden Antragsteller, dass Kinder und Jugendliche eine kognitive Leistungsfähigkeit entwickeln, die ihnen eine selbstbestimmte und selbständige Lebensführung ermöglicht. Dafür muss dem Kind aktiv geholfen werden, die Welt immer besser zu begreifen und zu verstehen. Ebenso, eine positive Lernatmosphäre zu schaffen und die Werkzeuge zur Erkenntnis zu vermitteln. Von all dem werden arme Kinder aber oft früh ausgegrenzt. Hier müssen deshalb Hilfen zur Erziehung des Jugendamtes ansetzen. Denn in Abs. 3 des Art. 1 SGB VIII heißt es weiter:

„Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere

1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen.“

Komplexe neuronale Verbindungen im Gehirn, die das Denken, Handeln und Fühlen eines Menschen bestimmen, entwickeln sich nämlich nicht von alleine. Ihre Ausformung hängt davon ab, wie und wofür ein Mensch sein Gehirn benutzt. Entscheidend dafür sind die individuellen Erfahrungen, die er im Laufe seines Lebens machen kann oder muss. Der Aufbau und die Arbeitsweise des menschlichen Gehirns sind ebenso durch soziale Beziehungserfahrungen determiniert. Das menschliche Gehirn ist ein soziales Produkt, ein Sozialorgan, denn soziale Erfahrungen gehen mit der Aktivierung emotionaler Zentren einher, wodurch Botenstoffe ausgeschüttet werden, die zur Bahnung und Festigung der Verschaltungen im Gehirn beitragen. Dafür bedarf es erwachsener Vorbilder auch außerhalb der Familie und Kontakt zu Gleichaltrigen.

Mit freundlichen Grüßen,

Axel Röttschke